

LETTARTIKEL



Steinmeier Gabriels Werk und Seehofers Beitrag

Von Andreas Schnadwinkel

Frank-Walter Steinmeier soll Bundespräsident werden – gewählt von Union und SPD. Für diese Entscheidung spricht die kurzfristige politische Vernunft, aber auch die Beliebtheit des Bundesaußenministers. Es heißt, dass der SPD-Mann eine deutliche Mehrheit bekäme, wenn der Bundespräsident direkt gewählt würde.

Vom Auswärtigen Amt ins Schloss Bellevue – auf den ersten Blick scheint dieser Umzug sinnvoll und logisch. Aus dem Chefdiplomaten wird das Staatsoberhaupt und damit der höchste Repräsentant Deutschlands in der Welt.

Auf den zweiten Blick wird deutlich, dass Steinmeier eine Art Gegenentwurf zu Joachim Gauck ist. Was viele nicht wissen, weil sie nur seine kurzen Statements aus den TV-Nachrichten kennen: Steinmeier ist nicht unbedingt als guter Redner und Rhetoriker bekannt, auch nicht als volksnaher Menschenfänger. Bevor er eine Ruck-Rede wie einst Roman Herzog halten könnte, müsste erst ein Ruck durch ihn selbst gehen. Trotzdem vertrauen die Menschen dem Technokraten, der ohne Zweifel eine respektable Persönlichkeit ist.

Zweiter und wichtigerer Unterschied zum aktuellen Amtsträger: Steinmeier versteht sich als Freund Russlands und gilt als Zögling Gerhard Schröders, der den russischen Machthaber Putin für einen »lupenreinen Demokraten« hält. Dieses Prädikat kann der frisch und freiheitlich gewählte US-Präsident – aus Sicht des Bundesaußenministers – nicht für sich in Anspruch nehmen. Steinmeier hat Donald Trump

einen »Hassprediger« genannt, eine Gratulation zum Wahlsieg verweigert und stattdessen Belehrungen in die USA gesendet.

Hier muss der Politprofi zügig die Wogen glätten, um das Verhältnis zu den USA nicht zu beschädigen. Und eines muss bei allen naheliegenden Vorurteilen gegenüber Trump klar sein: Amtlichen Anti-Amerikanismus aus dem Schloss Bellevue darf es nicht geben.

Welches Signal geht vom schwarz-roten Kandidaten aus? Die Einigung zwischen Union und SPD könnte als Fortsetzung der Großen Koalition über die kommende Bundestagswahl hinaus interpretiert werden. Das favorisiert jedenfalls CSU-

»Wir sind uns einig, CDU und CSU. Das ist wichtig.«

CSU-Chef
Horst Seehofer

Chef Horst Seehofer, der Schwarz-Grün auf Bundesebene unbedingt verhindern will. Im Gegensatz zu Angela Merkel, die Winfried Kretschmann gerne zum Bundespräsidenten gemacht hätte – was nach dem Parteitag der Grünen ziemlich riskant gewesen wäre.

Und so macht der unionsinterne Streit über den Umgang mit den Grünen Steinmeier zum Bundespräsidenten und Sigmar Gabriel zum großen Sieger in der B-Frage. Der SPD-Vorsitzende macht einen SPD-Mann zum Staatsoberhaupt – wem ein Erfolg.

Und die Kanzlerin? Angela Merkel steht schief da. Es ist ihre Niederlage. Sie muss nun alles daran setzen, Rot-Rot-Grün im Bund zu verhindern.



Sigmar Gabriel (Mitte) ist ein Coup gelungen: Der SPD-Vorsitzende hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gemacht. Angela Merkel hat nachgegeben. Foto: dpa

Eine Entscheidung mit vielen Folgen

SPD-Chef gestärkt, Kanzlerin geschwächt

Berlin (dpa). Wochenlang ringt die Bundesregierung um eine gemeinsame Linie für die Nachfolge von Joachim Gauck. Die Lösung überrascht nur noch die wenigsten. Was bedeutet der Vorschlag, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) für das Amt des Bundespräsidenten zu nominieren?

Für Deutschland: In Donald-Trump-Zeiten ist die Entscheidung für den beliebtesten Koalitionspolitiker ein Ausdruck von Berechenbarkeit. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht von einer »Entscheidung aus Vernunft, Steinmeier sei »geachtet im In- und Ausland« – also reizt sie ihre Unions-Macht in der Bundesversammlung nicht aus. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) verweist auf eine »Zeit der Brüche, der Umbrüche, der Unsicherheit« – Steinmeier sei daher top für das Land.

Für das Amt: Mit Steinmeier würde nach dem überparteilichen Bürgerpräsidenten Gauck wieder ein aktiver Parteipolitiker ins Schloss Bellevue einziehen. Auch der Sozialdemokrat gilt als integrierende Kraft – wemöglich wie der bisher letzte Präsident der SPD, Johannes Rau (»Versöhner statt spaltend«). Unumstritten ging Steinmeier aber nicht ins neue

Amt – viele Linke nehmen ihm weiterhin seine Miturheberschaft für die »Agenda 2010« übel.

Für Steinmeier: Das höchste Staatsamt wäre für den 60-jährigen eine überraschende Karriere-Krönung – zumal seine bittere Niederlage als SPD-Kanzlerkandidat 2009 gegen Merkel nicht vergessen ist. Dabei müsste sich der langjährige Chefdiplomat auch nicht erst eingewöhnen, die Republik auf dem großen internationalen Parkett zu repräsentieren. Seine erste knappe Reaktion: Er sei »gefasst«.

Für die Große Koalition: Nach einigem Geruckel haben sich Union und SPD auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigt, wie es erklärtes Ziel war. Das Signal: Die Zusammenarbeit der Regierung klappt noch, auch ein Jahr vor der Bundestagswahl. Dass Gabriel mit dem Namen Steinmeier vorpreschte und die Union unter Druck setzte, hat dort aber viele verärgert. Gesucht wird nun ein neuer Außenminister.

Für spannende Farbspiele: Zumindest leistet die Personalie neuen Koalitionsoptionen nach der Bundestagswahl in knapp einem Jahr keinen Vorschub. Weder blinkt die SPD damit Richtung Rot-Rot-Grün noch die Union Richtung Schwarz-Grün. Eine

Konsenskandidatin von SPD, Grünen und Linken oder ein von der Union mitgewählter Grünen-Landesvater Winfried Kretschmann hätten mehr Fantasien ausgelöst als der solide, seit einer gefühlten Ewigkeit mitmischende Mitte-Mann Steinmeier.

Für die SPD: Zwar spielt Gabriel seine Rolle beinahe staatsmännisch herunter – er selbst habe doch »gar nichts geschafft, sondern die Person Frank-Walter Steinmeier hat überzeugt«. Die mit einigem Risiko ins Großkoalitionäre Spiel gebrachte Personalie ist freilich auch ein persönlicher Triumph für den oft gescholtenen Parteichef. Bei den im 23-Prozent-Keller verharrenden Sozialdemokraten ist Genugtuung zu spüren, manche träumen von besseren Zeiten im kommenden Jahr.

Für die (noch) außerparlamentarische Opposition: Die AfD kann sich in der Bundesversammlung nun nicht in eine Konfrontation von Union und SPD einmischen. Die Rechtspopulisten bleiben mit derzeit 77 Stimmen außen vor und können sich auf ihren Zahlkandidaten Albrecht Glaser konzentrieren. Auch die FDP sieht mit dem schwarz-roten Signal für Steinmeier die Große Koalition zementiert. Ob die Liberalen ihn mit ihren 33 Stimmen unterstützen? Es kommt nicht mehr darauf an.

Reaktionen

»Frank-Walter Steinmeier ist ein respektabler Kandidat und ich werde ihn auch wählen. Ich finde aber auch, eine Kampfkandidatur der besten Köpfe hätte dem Amt nicht geschadet. Im Gegenteil, gerade davon lebt die Demokratie.«



Carsten Linneemann, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Paderborn

»Schön, dass ein gebürtiger Ostwestfale Bundespräsident werden soll. Persönlich hätte ich mir zwar Norbert Lammerter gewünscht, aber es ist gut, dass sich CDU/CSU und SPD auf einen Kandidaten verständigen konnten. Das zeigt die Handlungsfähigkeit der Großen Koalition.«

Ralph Brinkhaus, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Güterstolz

»Ich freue mich natürlich, dass mit Frank-Walter Steinmeier jemand aus meinem Wahlkreis, aus dem Dorf Brakelsiek, es voraussichtlich bis ins höchste Amt der Bundesrepublik schaffen wird. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass die Kandidatensuche etwas professioneller verlaufen wäre. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat neben Steinmeier viele andere Namen vornehmlich ins Spiel gebracht. Damit hat er Spekulationen unnötig angeheizt und das Amt herabgewürdigt.«

Christian Haase, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Höxter

»Demokratie ist aus meiner Sicht, wenn jede Partei einen Kandidaten ins Rennen geschickt hätte – mein Favorit wäre Norbert Lammerter gewesen. Mit Frank-Walter Steinmeier ist ein international geschätzter Politiker gemeinsam mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD als Kandidat zum Nachfolger von Joachim Gauck nominiert worden.«



Karl-Heinz Waenge, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Paderborn

»Steinmeier ist nicht mein Wunsch Kandidat. Aus meiner Sicht wäre Norbert Lammerter der ideale Bundespräsident. Ich bedauere sehr, dass er nicht antritt. Mich haben Steinmeiers Äußerungen zu Putin und Trump mehr als irritiert. Aber wenigstens stammt er aus Ostwestfalen-Lippe.«

Tim Ostermann, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Herford

»Frank-Walter Steinmeier ist der beste Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, weil er innerhalb und außerhalb Deutschlands das höchste Ansehen genießt. Ein Zeichen für die Fortsetzung der Großen Koalition nach der Bundestagswahl sehe ich darin nicht.«



Achim Post, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Espelkamp

»Angesichts der außenpolitischen Herausforderungen f. Europa und die Welt ist Steinmeier mit seiner außenpolitischen Erfahrung jedoch ein Kandidat, den ich mittragen kann und bei dem sich CDU und CSU einig sind.«

Lena Strohmann, CDU-Bundestagsabgeordnete aus Bielefeld

Zwischen Wohlwollen und Ablehnung

Wagenknecht: »Zerstörer des Sozialstaats«

Von Stefan Vetter

Berlin (WB). Mit der Festlegung der Großen Koalition auf Frank-Walter Steinmeier im Amt des Bundespräsidenten bleibt den übrigen Parteien praktisch nur noch die Zuschauerrolle in der nächsten Bundesversammlung. Auf ihre Stimmen kommt es nicht an. Trotzdem muss man sich zu Steinmeier positionieren.

Bei den Grünen gab es dazu gestern eine Telefonschleife der Partei- und Fraktionschefs. Der Tenor fiel wohlwollend aus. Steinmeier sei »ein respektabler Kandidat für das Amt, weltoffen und verbindend, auch wenn wir nicht mit all seinen Positionen einverstanden sind«, hieß es anschließend in einer gemeinsamen Erklärung von Simone Peter, Cem Özdemir, Katrin Göring Eckardt und Anton Hofreiter. Dem Vernehmen nach ist damit auch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten endgültig vom Tisch.

Ganz anders die Linken. Schon vor einigen Wochen war Parteichef Bernd Riexinger mit der Bemerkung vorgeprescht, Steinmeier sei als vormaliger Architekt der Agenda 2010 »unwählbar«. Das sorgte bei den Partei-Realos zwar für Kopfschütteln. Aber offiziell halten die Linken an dieser Linie fest. Fraktionschefin Sahra Wagenknecht bekräftigte gestern noch einmal die Ansage, einen eigenen Kandidaten zu nominieren. Damit wolle man verdeutlichen,



Linke-Fraktionschefin
Sahra Wagenknecht

»dass es eine Alternative zu Sozialabbau und Kreiszeugsätzen gibt«, so Wagenknecht. Steinmeier stehe für die »Zerstörung des Sozialstaats«. Cofraktionschef Dietmar Bartsch formulierte es etwas milder: »Es muss einen Kandidaten geben, der in besonderer Weise für das Soziale und für Friedenspolitik steht.« Bei den letzten drei Präsidentenwahlen war die Linke mit dem Schauspieler Peter Simonndt, der Journalistin Luc Jochimsen und der Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld ins Rennen gegangen. In der kommenden Woche will sich die Partei auf einen eigenen Kandidaten verständigen.

Auch FDP-Chef Christian Lindner meldete sich zu Wort. Und es klang ähnlich wie bei der grünen Konkurrenz. Der Außenminister sei eine »respektable Persönlichkeit«, schrieb Lindner. »Wir werden ihm jetzt genau zuhören und dann entscheiden.«

Wer wird Außenminister?

Genannt werden auch Martin Schulz und Thomas Oppermann

Berlin (WB/has). Wer könnte aus der SPD Frank-Walter Steinmeier als Bundesaußenminister folgen? Sigmar Gabriel selbst wäre eine Option. Auf dem Weg zur Kanzlerkandidatur konnte dem SPD-Chef ein neuer Job im Auswärtigen Amt hilf. Schließlich genießt der Außenminister seit Jahrzehnten fast automatisch hohes Ansehen und ist beliebt. Gabriel stellte gestern schon mal klar, dass die SPD das Außenamt besetzen wird und wir werden ihn deshalb auch nicht ändern.«

Inf. - tin Schulz. Er ist gerade auf der Suche nach einem neuen Amt. Aktuell ist Schulz Präsident des Europäischen Parlaments. Im Januar 2017 soll er aber wie vereinbart einem Christdemokraten Platz machen – der Zeitpunkt wäre optimal, um für die SPD in die Bundespolitik zu wechseln. In

Parteikreisen gilt Schulz als großer Favorit.

Zu Höherem berufen fühlt sich auch schon lange Thomas Oppermann. Nach den letzten beiden Bundestagswahlen war der gelernte Jurist und jetzige SPD-Fraktionschef als Justiz- oder Innenminister im Gespräch. Aber der Niedersache ist nicht eben ein Diplomat. Zum Beispiel sagte Oppermann noch am Tage der US-

Wahl, dass die Bewerberin der Demokraten, Hillary Clinton, das »deutlich kleinere Übel« sei.

Außerdem gibt es da noch den außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen. Der 43-jährige Hamburger ist wie Steinmeier eine pragmatische Natur. Allerdings fehlt ihm noch die außenpolitische Erfahrung. Vielleicht ist der neue Minister auch nur Platzhalter bis zum Herbst.



Martin Schulz



Thomas Oppermann



Niels Annen